

Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V.S.K.), Basel

Redaktion: Dr. W. Ruf

Verantwortlich für Druck und Herausgabe: Verband schweiz. Konsumvereine (V. S. K.)

Erscheint wöchentlich - Basel, den 9. Oktober 1948 - 48. Jahrgang - Nr. 41

Prag – eine Mahnung und ein Auftakt

Bedeutsame Beschlüsse des Internationalen Genossenschaftskongresses

Der Prager Genossenschaftskongress ist vorbei. Wir haben die Bilanz zu ziehen. Nicht nur wir, sondern auch die anderen Länder. Mit der Schweiz waren 24 Nationen in Prag vertreten. Diese hatten an die 500 Delegierte gesandt, die nun wieder voller Eindrücke nach dem 17. Kongress des Internationalen Genossenschaftsbundes (IGB) zu ihren täglichen Pflichten zurückgekehrt sind. Wir sind überzeugt, sie tun es tiefbewegt. Vielleicht zwar weniger ob der Kongressbeschlüsse selbst, als ob der Atmosphäre, die in Prag herrschte, ob der Spannungen, die die Diskussionen sehr oft bestimmt haben, ob der tiefen Fragen und Fragezeichen, die auftauchten, ob dem Dunkel, das hinter so manchem grollenden Votum lag, aber auch ob der Gewissheit, ja ob der wie noch nie gestärkten Ueberzeugung, dass allein in der Genossenschaftsform und im Genossenschaftsgeist die Lösung so vieler bedrückender Probleme in unserem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenleben liegt.

Eines möchten wir mit warmem Dank vorausschicken: *Wir waren in Prag gut aufgehoben.* Man hat sich unendlich viel Mühe um uns gegeben. Wir durften in einer Weise mit der Bevölkerung, mit den dortigen Verhältnissen, mit den Schönheiten der Stadt wie weiten Teilen des Landes selbst Kontakt nehmen, wie es sich vielleicht nur wenige vorgestellt hatten. Man spürte aus den Anordnungen aller Art — aus der vorzüglichen Bewirtung an den gemeinsamen Anlässen, der unermüdlichen Freundlichkeit und Bereitwillig-

Der Prager Genossenschaftskongress. Die aus 14 Genossenschafterinnen und Genossenschaftern bestehende Schweizer Delegation befindet sich vor allem im Mittelteil in der ersten, zweiten und dritten Reihe.





Lord Rusholme und Thorsten Odhe, Direktor des IGB

keit aller, die mit der Durchführung der ausserordentlich sorgfältigen Organisation betraut waren, bis zu den Trauben und Aepfeln, die während der Kongress-Sitzungen verteilt wurden — dass es den Gastgebern sehr darum zu tun war, den Genossenschafterinnen und Genossenschaftern, die aus der ganzen Welt nach Prag geeilt waren, einen angenehmen, frohen, unbeschwerten Aufenthalt in der Tschechoslowakei zu sichern. Die Gastgeber durften denn auch mannigfache Beweise des Dankes und der Anerkennung entgegennehmen. Sie durften es während des Kongresses, an den Nebenveranstaltungen und auch noch an den hochinteressanten Ausflügen, die die Gäste nach den verschiedensten Teilen des Landes — nach den weltbekannten Karlsbad und Pilsen oder nach dem auch heute noch tiefe Empörung und Trauer weckenden Lidice und nach dem ehemaligen Konzentrationslager Theresienstadt oder auf einer zweitägigen Tour nach dem reizvollen Mährenland — führten. Schon zweimal war ja eine Einladung an den IGB ergangen, nach Prag zu kommen: kurz vor dem letzten Krieg und dann wieder für 1946. Beide Male verhinderten die Umstände die internationale Genossenschaftstagung in Prag. Aber diesmal folgten die Länder des IGB dem an sie ergangenen Ruf: und niemand wird es bereuen, nach Prag gegangen zu sein.

Der Kongress selbst

Das Urteil über den Kongress ist recht verschieden. Darf er nach dem beurteilt werden, was er an neuen Erkenntnissen, an Beschlüssen, an nützlichen Wegleitungen für die praktische genossenschaftliche Arbeit zutage förderte, so darf ihm eine *durchaus positive Wertung* nicht versagt bleiben. Die Referenten, vor allem die Herren *Johansson*, Schweden, und *Peddie*, England, haben in ihren wohlvorbereiteten Referaten eine grosse Reihe von Anregungen zusammengetragen, die die genossenschaftliche Tätigkeit in vielversprechender Weise fördern können. Es lag Diskussionsrednern daran, den praktischen Aspekt der Ueberlegungen der Hauptreferenten noch zu vertiefen und so auch hier eine Basis zu internationaler genossenschaftlicher Zusammenarbeit zu schaffen, wie man sie vor allem im Blick auf die mächtigen Gegenkräfte heute noch allzusehr vermissen muss.

Doch — und da meldet sich eine wenig erfreuliche Feststellung — der Kongress wies nicht jene Einheitlichkeit auf, die Voraussetzung einer resultatreichen Aktion auf internationaler Basis bildet.

Ost und West waren auch hier das Problem.

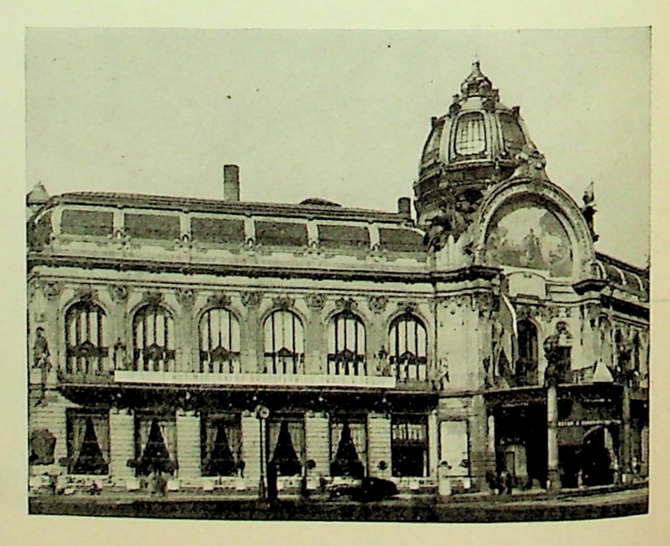
Geführt von der sehr starken russischen Delegation, die immer wieder wortgewaltige Redner vor das Mikrophon treten liess, schleuderten die Oststaaten mit einer zu beachtenden Einheitlichkeit der Auffassungen und Argumente ihre Vorwürfe zu den Genossenschaftsvertretern aus den Weststaaten. Diese zahlten nicht in der gleichen Münze, schlugen nur hie und da etwas schärfer zurück, hielten dafür an dem von ihnen für richtig befundenen Weg unbeirrbar fest und widerstanden deshalb dem vielleicht überwältigend gedachten Ansturm mit der Ruhe derjenigen, die von ihrer Sache überzeugt sind, und bekundeten dies mit grosser Mehrheit in den zahlreichen Abstimmungen. Doch bleibt immerhin zu bedenken, dass die Oststaaten eine bemerkenswerte Minderheit darstellten, die sehr vernehmbar an die Tür der andern Welt klopft und Einlass begehrt.

Das Bedenkliche an dieser Situation ist vor allem die fehlende Bereitschaft der Vertreter der Oststaaten — d. h. Russlands, Polens, der Tschechoslowakei, Bulgariens, Rumäniens — zum Teil aber auch Italiens, das anzuerkennen, was

an sozialem Fortschritt im Westen schon erreicht

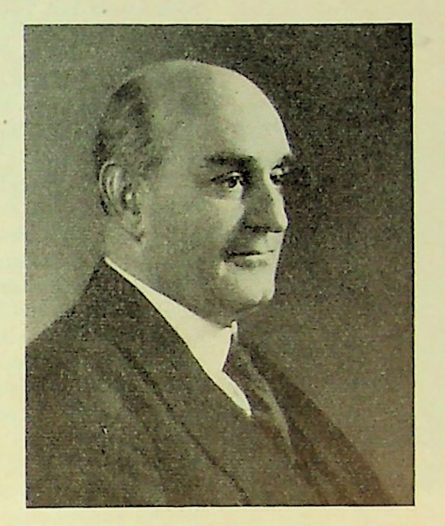
wurde. Allgemeine Anklagen gegenüber dem «kapitalistischen» Westen werden da recht freigiebig ausgeteilt. Dass auch in den Weststaaten ein sehr grosser Teil der Wirtschaft im Dienste der Allgemeinheit steht, dass ihr — auf anderen, gewiss glücklicheren Wegen — der Profitcharakter immer mehr entzogen wird und der soziale Fortschritt hier zu im Osten vielfach nirgends erreichten Resultaten für die breiten Massen geführt hat, dass im Westen eine starke Genossenschaftsbewegung vor allem der Konsumenten und der landwirtschaftlichen Produzenten am Werk ist, all das hat nur geringes Gewicht. Die Ueberzeugung von der Richtigkeit der eigenen Meinung ist derart verankert, und diese wird mit einer solchen Heftigkeit vertreten, dass wirklich die Frage berechtigt ist: Will man wirklich zu einer Verständigung kommen oder verlangt man die kritiklose Einordnung in ein System, das für einen Teil jener Staaten eine Berechtigung haben mag, von den der persönlichen Freiheit und dem Geist der Selbstverantwortung auch in der Wirtschaft verpflichteten Ländern aber unbedingt abgelehnt werden muss? Die Zentralisation der wirtschaftlichen Macht, inklusive die entscheidenden Positionen in der Genossenschaftsbewegung, in den Händen des Staates ist ebenso ein wirtschaftlicher wie psychologischer und allgemein menschlicher Fehlgriff, vor dem nicht genug gewarnt werden kann. Er hat auch seine sehr bedenklichen geistigen Konsequenzen. Denn auf wirtschaftlichen Gedeih und Verderb den allmächtigen Lenkern des Staates verfallen zu sein, ist ein Unglück und vielleicht

Das Kongresshaus



nur dort erträglich, wo selbstloses Dienen der verantwortlichen Spitzen und die rückhaltlose Achtung vor der Persönlichkeit jedes Menschen und seinen Rechten auf ein geistiges Eigenleben nicht nur durch die Gesetze, sondern durch die täglichen praktischen staatlichen Anordnungen garantiert ist.

Noch eine zweite Tendenz schuf einen sehr deutlichen Schnitt zwischen Ost und West: *Der Versuch, den IGB in sehr starkem Masse in den Dienst politischer Bestrebungen zu stellen.* Das zeigte sich bei der Revision der Statuten des IGB, bei verschiedenen Resolutionen, bei der Aussprache über den Tätigkeitsbericht des IGB. Es gab wohl kaum eine der zahlreichen Interventionen seitens der Vertreter der Oststaaten, in denen nicht das politische Moment das Uebergewicht hatte. Auch der Marshallplan, die Charta von Havanna wurden nach allen Regeln der Debattierkunst zerzaust. *Die Mehrheit des Kongresses lehnte es jedoch ab, sich auf politische Nebengeleise drängen zu lassen.* Sie hielt sich an die gegebenen Möglichkeiten, an die der Genossenschaftsbewegung gestellten, in erster Linie *wirtschaftlichen* Aufgaben und erreichte so vor allem, dass der Kongress zu Entschlüssen kam, mit denen sie in den betreffenden Ländern rückhaltlose Billigung erfahren können.



T. G. Gill, der neue Präsident

Der Kongressverlauf

Orgelspiel und Fanfaren leiteten die Kongressverhandlungen am Montag der vergangenen Woche ein. Der grosse Saal im Prager Kongresshaus war mit erwartungsvoll gestimmten Delegierten aus 24 Ländern und Gästen voll besetzt. Den Gruss der tschechischen Regierung entbot *Premierminister Zapotocky* und denjenigen der Stadt Prag *Bürgermeister Dr. Vacek.* Für den Genossenschaftlichen Zentralrat, die oberste Spitze der tschechischen Genossenschaftsbewegung, sprach dessen Präsident *A. Zmrhal. Lord Rusholme*, der Kongresspräsident, konnte auch eine Reihe Vertreter von Regierungen und internationalen Aemtern und Organisationen begrüssen, so den britischen Gesandten in der Tschechoslowakei, *Dr. Holzer* vom BIGA, Bern, die Vertreter des Weltgewerkschaftsbundes, der UNESCO, des Internationalen Arbeitsamtes, der Internationalen genossenschaftlichen Frauengilde, für die deren Präsidentin, Frau *Egli*, Schweiz, sprach, der F. A. O., der Weltunion der Vereinigungen für die UNO. Grüsse sandten u. a. der Schweiz. Bauernverband.

Zu einer ersten grossen pièce de résistance in der Diskussion wurde der

Tätigkeitsbericht des IGB

über die Zeit seit dem Zürcher Kongress vom Jahre 1946. Die Diskussion wurde zum weitaus grössten Teil von den Sprechern der Oststaaten, vor allem den Russen, beherrscht. Nicht leicht hatte es der Präsident, der jedoch mit grosser Energie erreichte, dass die vorgeschriebene Maximal-Sprechdauer von 5 Minuten strikte eingehalten wurde — was nicht selten zu einem wahrhaften Wettstreit zwischen dem Präsidenten und den Sprechern führte, die trotz der ständigen, sie immer wieder unterbrechenden Aufforderung des Vorsitzenden, die Tribüne zu verlassen, ihre wohlvorbereiteten Reden unbedingt zu Ende führen wollten. Meistens gelang dies jedoch nicht. Es wäre jedoch eine Unterlassung, nicht zu vermerken, dass jeder der unterbrochenen Redner sich trotz seines Eifers mit beachtenswerter Disziplin zuletzt doch in die präsidiale Anordnung fügte und auch seine Freunde ihn in keiner Weise zu Widerstand aufforderten.

Auch Schweizer Delegierte griffen in die Debatte ein. So betonte Prof. *Milhaud*, Genf, wie wichtig die Mitarbeit des IGB bei der UNO ist und dass stets dafür zu sorgen ist, dass der Genossenschaftsbund in möglichst viel Kommissionen aktiv vertreten ist. Herr *Barbier*, Mitglied der Direktion des V. S. K., unterstrich die immer noch sehr schwache finanzielle Basis des IGB, der es mit seinen 21 000 Pfund Sterling pro Jahr ausserordentlich schwer hat, seinen gewaltigen Aufgaben auch nur einigermassen gerecht zu werden. Direktor Barbier gab auch zu bedenken, dass die Stiftung Henry May, die mit ihren erzieherischen Funktionen, u. a. der Durchführung der Internationalen Genossenschaftsschule, in der heute so wichtigen Heranbildung eines neuen Menschen wegleitend tätig ist, zur noch umfassenderen Erreichung ihrer weitgesteckten Ziele mit anderen internationalen Organisationen, z. B. der UNESCO, in Verbindung treten sollte.

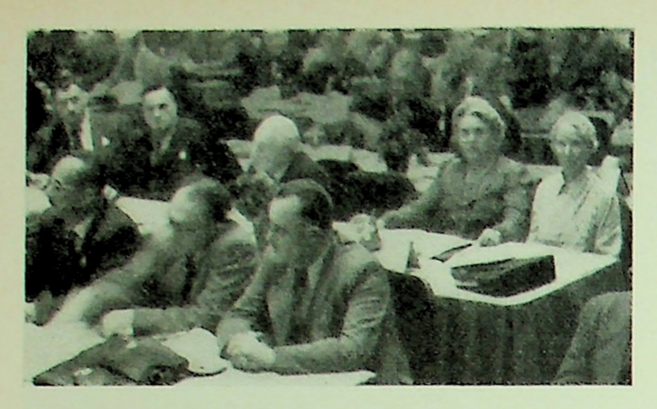
Von seiten der Oststaaten kritisiert wurden die Aufnahme der Grosseinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine (GEG), Hamburg, in den IGB, ohne dass es ein einheitliches Deutschland gebe, und die Nichtaufnahme der Genossenschaftsverbände der Ukraine sowie von Lettland, Litauen und Estland. Diese Ablehnung war seinerzeit erfolgt, da feststeht, dass diese Verbände in recht enger organisatorischer Verbindung zum Zentralverband Centrosoyus in Moskau stehen und deshalb nicht als selbständig zu betrachten sind.

Von neuem wurde auch die Frage des Zeitpunktes für den Internationalen Genossenschaftstag aufgeworfen. Doch auf Grund der seinerzeit durchgeführten Umfrage hielt man am 1.-Juli-Samstag fest.

Wie notwendig die *möglichst enge Zusammenarbeit mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften* ist, wurde von verschiedenen Seiten betont. Ebenso nachhaltige Befürworter fand wiederum die *Internationale genossenschaftliche Presseagentur.* Italien ist bereit, so betonte einer seiner Delegierten, die Agentur mit allen Mitteln zu unterstützen. Der Präsident, *Lord Rusholme*, wies auf den Beschluss des Zentralkomitees hin, mittels einer Umfrage bei den angeschlossenen Mitgliedern festzustellen, wie weit sie bereit sind, an der Aeufnung eines *ständigen internationalen genossenschaftlichen Hilfsfonds* mitzuhelfen und Hilfsbegehren zu entsprechen.

Unter grosser Spannung wurde die *Abstimmung* über den IGB-Bericht vorgenommen. Er fand die Billigung der Versammlung mit 550 zu 378 Stimmen, die auf die Oststaaten entfielen und ihrer Unzufriedenheit über die nach ihrer Ansicht zu geringe Aktivität der Organe des IGB vor allem im Zusammenhang mit gewissen politischen Entwicklungen Ausdruck gaben.

Zu recht intensiver Debatte gaben auch die dem Kongress vorgelegten *Resolutionen* Anlass. So wurde in einer solchen auf den im Rahmen der Atlantic-Charta garantierten freien und für alle Länder gleichen Zugang zu den Rohstoffen der Welt hingewiesen, wie auch auf den Mangel an Erdöl in der ganzen Welt. Der Kongress verlangte deshalb, dass die ganze Frage einer besonderen Stelle im Rahmen der UNO überwiesen werde, um damit auch die *Produktion und den freien Zugang zum Erdöl* zu garantieren und auch die nötigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Konsumenten alle Erleichterungen erhalten, um ihren Bedarf mit Hilfe ihrer eigenen Organisationen zu decken. Die Russen wandten sich



In der zweiten Reihe ein Teil der Schweizer Delegation. Von rechts nach links: die Frauen Rysez und Münch, die Herren Prof. Milhaud, Schmid und Karlen; mit Ausnahme von Prof. Milhaud gehören die Genannten dem Verwaltungsrate des V.S.K. an



Island



Englische Delegierte



Indien

dagegen, dass in der Resolution auch das staatliche Monopol abgelehnt wird. Ihr Abänderungsantrag unterlag gegen eine sehr grosse Mehrheit.

Auch bei der Resolution über die *Förderung des Genossenschaftswesens in den unterentwickelten Gebieten* blieb ein russischer Antrag in Minderheit. Die Opponenten verlangten vor allem die Eliminierung der Unterstützung der Charta von Havanna, die gemäss dem Wortlaut der Resolution für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der wenig entwickelten Länder gute Dienste leisten könne.

Eine weitere Resolution über *Genossenschaft und Wohnungsprobleme*, die von Dr. Ruf, Schweiz, im Namen des Zentralkomitees vertreten wurde, unterstrich die Bedeutung der Bau- und Wohngenossenschaften für die allgemeine Lösung des Wohnungsproblems, für die Ausschaltung der Spekulation mit Land und in den Baumaterialien, für die Senkung und Niedrighaltung der Mieten. Es wird nachdrücklich empfohlen, den Kontakt zwischen den Wohngenossenschaften und den Konsumgenossenschaften noch zu verstärken, sogar die Errichtung von gemeinsamen Betrieben für die Produktion wichtiger Baumaterialien zu prüfen und sich dafür zu verwenden, dass die zentralen Baugenossenschaftsorganisationen Mitglieder des IGB werden. — Diese Resolution wurde ohne Opposition angenommen.

Dem Direktor des IGB, Herrn *Thorsten Odhe*, war die Aufgabe vorbehalten, den von einer Kommission ausgearbeiteten Zwischenbericht über das *Programm und die zukünftige Politik des IGB* vorzulegen. Es wird in den Schlussfolgerungen vor allem auf die Zusammenarbeit zwischen den konsum- und landwirtschaftlichen Genossenschaften Gewicht gelegt. Beide Teile sollten sich verständigen im Interesse einer Abgrenzung der jedem vorbehaltenen Aufgaben. Auch wird die *Errichtung gemeinsamer Betriebe* empfohlen, wodurch u. a. die einander widerstrebenden Interessen von Käufern und Verkäufern am besten überbrückt werden können.

Im zweiten Teil des Berichtes wird das Verhältnis von *Genossenschaft und Staat* behandelt. Es wird von neuem verlangt, dass die Genossenschaften gegenüber dem Privathandel und der Privatindustrie nicht benachteiligt werden dürfen. Wo die Genossenschaften gewisse wirtschaftliche Aufgaben besser bewältigen können als der Staat, so soll man die betreffende Aufgabe ihnen überlassen. Auch sollen die Genossenschaften darnach streben, dort, wo schon öffentliche Monopole bestehen, ein Mitspracherecht zur Vertretung der Konsumenteninteressen zu erlangen. Die Resolution zu dem Zwischenbericht wurde mit 526 : 423 Stimmen angenommen.

Recht interessante Aspekte offenbarte die Aussprache über die

Statutenrevision des IGB.

Diese bringt vor allem einige Präzisierungen, die Anpassung an die neue Organisation der engeren Geschäftsleitung, eine sorgfältige, vorsichtige Umschreibung der Mitgliedschaft. Es lagen verschiedene Anträge vor mit Formulierungen, die z. T. wenig, z. T. jedoch sehr stark von dem Vorschlag des IGB abwichen. Die Russen hatten einen eigenen Statutenentwurf ausgearbeitet. Er enthielt vor allem eine sehr starke Erweiterung der Mitgliedschaft, so dass — wie Präsident Rusholme sarkastisch glossierte — bald jeder Fussballklub Mitglied des IGB werden könnte; weiter wurde in dem russischen Vorschlag die Zweidrittelsmehrheit für Kongressbeschlüsse statuiert. Als besonders stossend wurde folgender, von den Russen beantragter Passus empfunden: «Zwei Assistenten des Generalsekretärs werden aus den grössten nationalen Bewegungen gewählt. Sie stellen mit dem Generalsekretär den wichtigsten Teil der Angestellten des IGB dar.» Die beiden grössten Bewegungen des IGB sind Russland und China! — Der russische Entwurf wurde mit 556 zu 435 Stimmen abgelehnt. Angenommen wurde ein Abänderungsantrag

Frankreichs. Ohne Opposition fand dann die Gesamtvorlage die Annahme der Versammlung, indem sich der Block der Oststaaten der Stimme enthielt.

Auf ein eminent praktisches Gebiet führte Albin *Johansson*, Schweden, mit seinem Vortrag über

«die praktische Entwicklung des internationalen Genossenschaftswesens in der Wirtschaft».

Nach dem Empfinden vieler verschrieb sich der Referent allzu willig einem fast kompromisslosen Liberalismus. Er musste sich deshalb auch aus dem Kreise der Weststaaten, vor allem seitens französischer und schweizerischer Delegierter, einige Kritik gefallen lassen. Diese führte dann auch zu einer gewissen Anpassung an die tatsächlichen Verhältnisse, ohne jedoch an den entscheidenden Partien der Vorschläge von Johansson etwas zu ändern. Ihm geht es nämlich — wie das in der schwedischen Bewegung immer wieder mit so erstaunlicher Kraft zum Ausdruck kommt — um *Realisationen*, um die Verwirklichung dessen, was genossenschaftliches Ziel ist, d. h. die Befreiung der Konsumenten von dem Diktat mächtiger Kapitalkreise. Der Kongress — respektive die Mehrheit desselben — folgte ihm in dem Appell, dass die

nationalen Grosseinkaufsgesellschaften gemeinsame Unternehmen für die Produktion und den Handel

errichten und sich deshalb dafür einsetzen sollten, dass die in der *Charta von Havanna* niedergelegten Prinzipien zugunsten des freien Warenaustausches und der Niederlegung der Zollschranken Wirklichkeit werden sollen. — Die *Diskussion* hierüber führte in stärkerem Masse Vertreter der Weststaaten auf die Tribüne. So mahnte *Cleuet*, Frankreich, entschlossen zu Taten zu schreiten und nicht nur Beschlüsse zu fassen. *Bonow*, Schweden, der sein Land in Havanna vertrat, setzte sich mit Ueberzeugung für die Güte der dort festgelegten Prinzipien ein. Dr. *Fauquet*, Frankreich, der feine Kopf und Denker, bemühte sich um eine wirklichkeitsgemässe ideologische Fundamentierung der Resolution, *Taylor, England*, der kombattante Vertreter der englischen Produktivgenossenschaften, war nicht ganz mit der nach seiner Meinung allzu einseitigen Vertretung der Konsumenteninteressen durch Johansson zufrieden. *Barbier*, Schweiz, konnte nach vorheriger Rücksprache mit verschiedenen Ländern die glückliche gemeinsame Formel vorschlagen.

Eine wertvolle Abklärung zur Frage, welche

Stellung das Genossenschaftswesen zur Nationalisierung

von wirtschaftlichen Betrieben nehmen solle, brachte das Referat von *Peddie*, England. In seiner mehrheitlich angenommenen Resolution zu dieser Frage stellte der Kongress fest, dass jedes Land seine eigenen historischen und wirtschaftlichen Grundlagen habe und deshalb auf Grund derselben die ihm gemässe Form der kollektiven Kontrolle wahren solle. Es sei jedoch von Bedeutung, dass die wirtschaftlichen Tätigkeitsgebiete von Staat und Genossenschaften genau abgegrenzt würden. Das Genossenschaftswesen leiste mit seiner auf Freiwilligkeit beruhenden Tätigkeit einen besonders willkommenen Beitrag für die *Erhaltung der Demokratie*. Vor allem die dem direkten Verbrauch nahestehenden Wirtschaftszweige sollten der freien genossenschaftlichen Selbsthilfe offenbleiben. Der Kongress verlangt deshalb die volle Anerkennung des freiwilligen Genossenschaftswesens in einer mehr kollektiv orientierten Wirtschaft. Jedem soll das Recht erhalten bleiben, sich mit anderen zu freien Genossenschaften zusammenzuschliessen. Solche Freiheit kann dem erfolgreichen Wirken jeder Kollektivwirtschaft nur von Nutzen sein.



Rechts: Zmrhal, Präsident des Zentralen Genossenschaftsrates der Tschechoslowakei wie des Organisationskomitees des Kongresses, inmitten der sehr starken tschechischen Delegation



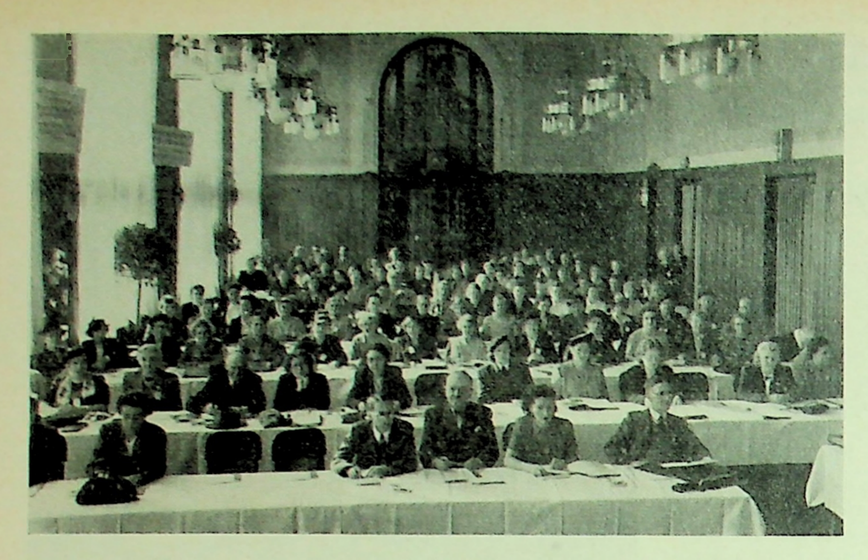
Ein Teil der italienischen Delegation



Israel und Griechenland



Der Kongress-Stenograph fleissig an der Arbeit



Die Tagung der Internationalen Genossenschaftlichen Frauengilde

Einen recht friedlichen Abschluss fand der Kongress mit der Annahme einer Friedensresolution, die die Verantwortung der Genossenschaften in der Arbeit

für einen dauernden Frieden

und die einheitliche genossenschaftliche Aktion festlegt.

Der Kongress bekam auch Gelegenheit, den Gewinner des vom IGB ausgesetzten Preises für die beste Arbeit aus dem Gebiete des Genossenschaftswesens seit dem Zürcher Kongress kennenzulernen. Es ist Herr *Hough*, wissenschaftlicher Mitarbeiter des britischen Genossenschaftsverbandes. Er schrieb über die «genossenschaftliche Warenvermittlung in Grossbritannien 1914—1945». Präsident Rusholme händigte dem Preisträger unter dem Beifall des Kongresses einen Check über 100 Pfund Sterling aus.

Für die Abhaltung des *nächsten Kongresses* meldeten sich Italien, Dänemark und Indien. Das Zentralkomitee wird Ort und Land bestimmen.

Der ganze Kongress schloss sich dem Dank des Präsidenten an die tschechischen Gastgeber, inkl. die Bevölkerung von Prag und — last but not least — Miss *Polley* mit ihrem fleissigen Mitarbeiterstab im Kongress-Sekretariat an.

Und ganz zum Schluss stellte Lord Rusholme noch den neuen Präsidenten des IGB, T. G. *Gill*, Präsident der englischen Grosseinkaufsgesellschaft, vor. Direktor Gill war am Mittwochabend vom Zentralkomitee des IGB als Nachfolger von Lord Rusholme, der infolge ausserordentlicher anderweitiger Beanspruchung in der Heimat von der Leitung des IGB zurücktrat, erkoren worden. In der gleichen Sitzung war u. a. auch Herr Dr. *Weber*, Präsident der Direktion des V. S. K., in die Exekutive des IGB gewählt worden. Mit einigen anderen Kandidaten zusammen erreichte Dr. Weber die höchste Stimmenzahl. Die neue Exekutive besteht aus 14 Mitgliedern. Der Kongress betraute aus der Schweiz weiter die Herren Direktoren *Rudin* und *Barbier* mit Sitzen im Zentralkomitee, das auf Grund der Vorschläge der einzelnen Landesverbände konstituiert wurde.

Präsident *Gill* liess es sich vor allem angelegen sein, dem scheidenden Präsidenten von ganzem Herzen zu danken. Seit 1930 war dieser Mitglied der Exekutive. Mitten im Kriege übernahm er das Präsidium und führte es mit der ihm eigenen Ueberlegenheit bis zum Schlusse des Kongresses. Dieser hatte auch diesmal wieder in Lord Rusholme einen ebenso gewandten wie energischen Vorsitzenden, der korrekt, sachlich, ohne Scheu, wenn nötig mit starker Hand die Ordnung zu erhalten, amtierte und sich ein besonderes Verdienst um die rechtzeitige Bewältigung der sehr reichhaltigen Traktandenliste erworben hat. Lord Rusholme darf die Gewissheit mitnehmen, der Bewegung sehr verdankte Dienste geleistet zu haben.

Mit solchen Dankesgefühlen endete der Prager Genossenschaftskongress in Harmonie. Der Schweizer Delegation, die in Herrn Direktor *Barbier* einen initiativen, mit den sich an einem solchen Kongress stellenden Aufgaben durch und durch vertrauten Leiter hatte, lag es daran, in ihren eigenen Vorberatungen eine selbständige Stellungnahme zu den verschiedenen Problemen zu gewinnen. Sie konnte sich bewusst werden, wie wichtig im Explosionskreis solcher Spannungen die aktive Betätigung von Persönlichkeiten ist, die fähig und bereit sind, das Ganze im Auge zu behalten und für dieses mit allen Kräften zu wirken. Es besteht kein Zweifel, dass der Beitrag der Schweiz noch effektiver werden wird, wenn die Delegation für den im Jahre 1951 stattfindenden Kongress möglichst frühzeitig die Diskussion über die verschiedenen Probleme aufnehmen kann. Das stets überlastete IGB-Sekretariat hat ja nun eine Atempause, die ihm hoffentlich die zeitige Anhandnahme der Vorbereitungen erlauben wird.

Es verbliebe noch allerhand zu berichten von den weiteren Veranstaltungen, so von den Besichtigungen von Genossenschaftsbetrieben, von genossenschaftlichen Produktionsunternehmen, vom Genossenschaftsverband, von Läden usw.; auch von den abendlichen Veranstaltungen, bei denen man Einblick bekam in das kulturelle Leben von Stadt und Land, von den wohlvorbereiteten Empfängen seitens verschiedener Genossenschaftsorganisationen. Sie waren alle Ausdruck der Gastfreundschaft. Viel Interessantes bot auch der Kontakt mit Einzelpersonen, mit dem Fühlen und Denken weiter Teile des von dem Westen immer mehr abgehaltenen Volkes.

Man könnte auch allerhand mitteilen von der Wehmut, die einem umfing beim Betrachten der *Zeitungskioske*, wo der Blick vergeblich nach unseren grossen Tagesblättern Ausschau hielt. Höchst, höchst selten, dass man der oder der andern Zeitung einmal begegnete. Aehnlich sieht es auch in den auffallend zahlreichen Buchhandlungen aus. Das tschechische Volk erfährt offensichtlich wenig von dem geistigen Schaffen und Wirken des Westens, von den sozialen Errungenschaften, von dem Fortschritt der Demokratie. Und wie wertvoll wäre doch ein vermehrter Austausch. Bei einer solchen Abkapselung kann ein Land nicht leben. — Doch lassen wir solche Ueberlegungen und erinnern wir uns um so mehr eines ganz grossen Tschechen, der nicht nur seinem Land, sondern der ganzen Welt etwas gegeben hat:

Thomas Masaryk.

Wir bekamen von den Organisatoren des Kongresses Gelegenheit, an seinem Grabe zu weilen. Dieses befindet sich etwa nicht in Prag, sondern draussen an der Mauer eines Landfriedhofes. Hier kündet ein grosses M, mit Liebe aus dem hier sprossenden Grabschmuck gestaltet, wer hier liegt: Ein grosser, bescheidener Staatsmann, dessen Herz für sein Vaterland glühte, der um die edelste Kraft des Geistes und der Seele wusste. Bei dem Lärm und Schein dieser Zeit war der Besuch dieser stillen Stätte, von wo so unendlich viel Grossmut ausstrahlt, für alle Teilnehmer ein besonderes Erlebnis. Vor dem Geist Masaryks wird auch eine noch so wortreiche, ausgeklügelte Welt stille werden müssen. In

diesem Geiste liegt eine grosse Hoffnung, die dem ganzen tschechischen Volke gilt.

Vom Besuch in Prag sind wir zurückgekehrt mit der Ueberzeugung, dass den demokratischen Kräften in allen Ländern jetzt und in der nächsten Zukunft eine ungeheuer verantwortungsvolle Verpflichtung auferlegt ist.

Die Zeit der Bewährung der Demokratie ist noch nicht vorüber. Einen grossen Kampf hat sie im letzten Krieg erfolgreich bestanden. Doch viel, sehr viel von dem Geist der Gewalt, den es aus der Welt zu schaffen galt, ist erhalten geblieben. Soll er von neuem sein Haupt erheben dürfen? Die Demokratien haben es in der Hand, durch den von ihnen *aus eigenem Willen* verwirklichten sozialen Fortschritt, durch ihre gerechte Steuergesetzgebung, durch ihre in der und für die Freiheit wirkenden Kräfte vor der ganzen Welt den Beweis zu erbringen, dass sie die einzig richtige Staatsform sind und bleiben. Erste Voraussetzung hiefür ist jedoch die aktive Beteiligung *jedes einzelnen* am Leben der Allgemeinheit, das *persönliche* Interesse an der Erhaltung unserer Freiheiten. Das gilt in besonderer Weise auch für Genossenschafter. Wahre Demokratie muss von unten getragen sein. Nur wo diese aus eigener Bequemlichkeit und innerem Zerwürfnis die Kraft zum Handeln verloren hat, tritt an ihre Stelle der Staat mit seiner Allgewalt über die Wirtschaft sowohl wie über die Kultur, das geistige, politische Leben usw.

Der Prager Genossenschaftskongress wird zweifellos zahlreichen Teilnehmern von neuem nahegebracht haben, was für ein köstliches Gut die Freiheit ist — die Freiheit allerdings, die nicht nur einem selbst, sondern vor allem dem *Ganzen* gilt, die durchdrungen ist von einer tiefen Verantwortung für die gemeinsamen Institutionen, für die gemeinsame Verfassung, für das Wohl aller. Auch in diesem Sinne ist die Prager Tagung ein Ruf an unsere Genossenschaftsbewegung. Möge er gehört werden. r.

Die Aenderung der zusätzlichen Wehrsteuer

Im «Schweiz. Konsum-Verein» vom 10. Juli 1948 haben wir unsere Leser orientiert über die Diskussionen, die in der Junisession der eidgenössischen Räte über die zusätzliche Wehrsteuer stattgefunden haben. Der Ständerat hat damals mit beträchtlichem Mehr beschlossen, die zusätzliche Wehrsteuer, die im Jahre 1948 zum erstenmal erhoben werden sollte, sei aufzuheben. Im Nationalrat war ebenfalls ein Antrag auf Aufhebung eingereicht worden (Motion Bucher-Luzern), ebenso zwei Anträge auf Abänderung, die bezweckten, die ungerechte Behandlung der Genossenschaften aufzuheben bzw. zu mildern (Motion Dr. Weber und Antrag Schmid-Dieterswil). Der Nationalrat hat jedoch diese Anträge an die Vollmachtenkommission überwiesen mit der Weisung, ihm in der Septembersession einen Antrag zu unterbreiten.

Die *Vollmachtenkommission* des Nationalrates hat die Motion Bucher mit allen gegen 2 Stimmen abgelehnt. Dagegen war sie der Meinung, der 1946 beschlossene Vollmachtenbeschluss sei abzuändern. In bezug auf die vorzunehmende Aenderung gingen die Meinungen allerdings auseinander. Die sozialdemokratische Minderheit wollte an der ursprünglichen zusätzlichen Wehrsteuer festhalten und lediglich die Besteuerung der genossenschaftlichen Rückvergütung aufheben. Die Mehrheit der Kommission trat jedoch auf einen Vorschlag der Steuerverwaltung ein, der eine erhebliche Milderung und auch eine Vereinfachung der Steuer bringen soll. Sie war überdies der Meinung, dass der Kritik der Genossenschaften in einem gewissen Umfange Rechnung getragen werden sollte.

Auch der *Bericht des Bundesrates* an die Vollmachtenkommission des Nationalrates vom 17. September sagt, die Genossenschaften sollen nicht schlechter gestellt werden als nach dem Entwurf I (entsprechend der Motion Schmuki, die den steuerfreien Betrag der Rückvergütung von 5 auf 6 % erhöhen wollte). Ueber die Besteuerung der Rückvergütungen und Rabatte heisst es im Bericht:

«Besteuert würde daher nur der Teil der Rückvergütungen und Rabatte, der 6 % des Warenpreises überstiege. Dieser wäre indessen wiederum im Hinblick darauf, dass der Sonderzuschlag zwei Jahressteuern ersetzen soll, voll zu erfassen. Da der Sonderzuschlag auf die ordentliche Wehrsteuer von den Rückvergütungen und Rabatten abstellt und diese auf den 5 % übersteigenden Vergütungen berechnet wird, müsste für den Sonderzuschlag eine besondere Berechnung Platz greifen. Die Vorschrift, wonach der Sonderzuschlag nicht erhoben wird, wenn die ausgerichteten Rückvergütungen und Rabatte 5000 Franken nicht übersteigen, hätte insbesondere die Befreiung aller kleinen Genossenschaften zur Folge, was sich auch aus Gründen der Veranlagungsökonomie rechtfertigen würde.»

Eine nähere Prüfung der Vorlage unserseits ergab jedoch, dass diese das Gegenteil dessen bewirkt, was der Bundesrat in Aussicht stellte. Durch die Freilassung von 5000 Franken Rückvergütungen werden nämlich nur sehr wenige ganz kleine Genossenschaften befreit. Der grösste Teil der kleinen und mittleren Genossenschaften wird von der Steuer erfasst, sobald sie mehr als 6 % Rückvergütung ausrichten.

Wir stellten deshalb sofort einen neuen Antrag für den Fall, dass der Nationalrat gemäss Vorschlag der Mehrheit seiner Vollmachtenkommission auf die neue Form der zusätzlichen Wehrsteuer eintreten sollte. Dieser Antrag verlangte die *Abzugsberechtigung* eines Steuerbetrages von *500 Franken bei der Besteuerung der Rückvergütungen und Rabatte.* Dadurch wären alle jene Konsumgenossenschaften, deren Rückvergütungen und Rabatte von mehr als 6 % insgesamt 11 100 Franken nicht übersteigen, befreit worden.

Die Diskussion im *Plenum des Nationalrates* war sehr ausgiebig und teilweise auch ziemlich scharf. Sie dauerte volle sieben Stunden, wobei alle Meinungen zur Geltung kamen von der Aufrechterhaltung des früheren Beschlusses ohne jede Aenderung über alle möglichen Varianten bis zur vollständigen Aufhebung der umstrittenen Steuer. Da noch eine Reihe weiterer Anträge eingereicht worden waren, befand sich der Rat vor einer nicht sehr einfachen Situation. Die Abstimmung erstreckte sich über acht verschiedene Anträge, was zwölf Abstimmungen nötig machte. Zuerst wurde darüber abgestimmt, ob bei Festhalten an der bisherigen zusätzlichen Wehrsteuer die Rückvergütungen befreit oder nur bei mehr als 6 % besteuert werden sollten. Der erste Antrag wurde *mit 81 gegen 57 Stimmen abgelehnt,* wobei auch Herr *Duttweiler* ostentativ gegen die Befreiung der genossenschaftlichen Rückvergütungen stimmte. Der Antrag *Schmid*-Dieterswil, der eine Milderung empfahl, blieb mit 30 gegen 59 Stimmen ebenfalls in Minderheit (bei zahlreichen Enthaltungen infolge des unklaren Abstimmungsmodus).

Hierauf erfolgte die Bereinigung des neuen Antrages der Vollmachtenkommission. Zuerst wurde eine Reduktion der Skala für die natürlichen Personen beschlossen gemäss Antrag Ruoss, indem der 100prozentige Zuschlag zur bisherigen Wehrsteuer auch bei ganz grossen Einkommen nicht erhöht werden soll. Auch eine Aenderung der Progression wurde abgelehnt. Dann kam der oben erwähnte Antrag auf Befreiung der kleinen Genossenschaften zum Entscheid, der von Vertretern aus vier verschiedenen Fraktionen unterzeichnet war (Weber-Bern, soz.; Rusca-Chiasso, freis.; Scherrer-St. Gallen, kk.; Schmid-Dieterswil, Bp.). Er wurde

mit dem Zufallsmehr von 69 gegen 67 Stimmen abgelehnt. Nachträglich stellte es sich heraus, dass verschiedene Ratsmitglieder nicht im klaren waren über die Bedeutung dieser Abstimmung und sich deshalb der Stimme enthielten. Sonst hätte der Antrag zweifellos eine Mehrheit erhalten.

Am so bereinigten Kommissionsantrag wurde festgehalten gegenüber dem Antrag auf Beibehaltung der zusätzlichen Wehrsteuer, wie sie 1946 beschlossen worden war. In der Hauptabstimmung, die unter Namensaufruf vorgenommen wurde, siegte dieser Antrag ebenfalls mit *123 Stimmen gegen 40 Stimmen*, welch letztere für die gänzliche Aufhebung der zusätzlichen Wehrsteuer abgegeben wurden.

Der Beschluss des Nationalrates bedeutet eine beträchtliche

Milderung der zusätzlichen Wehrsteuer.

Statt während drei Jahren, wie ursprünglich vorgesehen, wird sie nur für zwei Jahre erhoben, und der Ertrag von ursprünglich insgesamt 150 Millionen soll durch die vorgenommenen Reduktionen auf ungefähr 60 Millionen Franken herabgesetzt werden. Auch für die grösseren Genossenschaften tritt eine Milderung ein, da die *Rückvergütungen bis zu 6 % frei* sind und da sie nicht zum Ertrag geschlagen und progressiv besteuert werden, sondern zum Einheitssatz von 4 ½ %. Eine *Verschlechterung* bringt er aber für die *mittleren und kleinen Genossenschaften*, die nach dem ursprünglichen Beschluss bis zu einem Gesamtertrag (inkl. Rückvergütungen von mehr als 5 %) von 25 000 Franken von der Steuer nicht betroffen worden wären, währenddem sie jetzt vom Betrag der ausbezahlten Rückvergütungen von mehr als 6 % 4 ½ % Zuschlagssteuer zu entrichten haben. Diese Ungerechtigkeit ist um so stossender, als natürliche Personen und damit also auch die privaten Detaillisten bis zu einem Einkommen von ungefähr 27 000 Franken von der Steuer befreit sind, während die genossenschaftliche Rückvergütung unabhängig vom Ertrag erfasst wird. — Wir ersehen daraus aufs neue, wie wichtig es ist, den

Kampf gegen die Besteuerung der Rückvergütungen energisch weiterzuführen.

Sobald einmal nicht mehr mit Vollmachtenbeschlüssen oder dringlichen Bundesbeschlüssen Steuern eingeführt werden können, wird unserer Forderung Gehör geschenkt werden müssen, andernfalls müssten wir unsere Genossenschaftsmitglieder auf die Volksabstimmung hin mobilisieren.

Es besteht nun allerdings eine *Differenz* gegenüber dem *Ständerat*, der die Aufhebung der Steuer beschlossen hat und der nun zum Beschluss des Nationalrates Stellung nehmen muss. Falls er ihm zustimmt, so ist der Bundesrat ermächtigt, die zusätzliche Wehrsteuer nach diesen Richtlinien zu erheben, wobei er befugt wäre, noch kleinere Abänderungen zu treffen. Hält aber der Ständerat an der Forderung nach Aufhebung der Steuer fest, so entsteht eine schwierige Situation, indem der frühere Beschluss betreffend die zusätzliche Wehrsteuer eigentlich noch zu Recht besteht, da weder über die Aufhebung noch über die Abänderung eine Einigung der beiden Räte erfolgt ist. Um diese heikle Lage zu vermeiden, wird der Ständerat vermutlich nun doch der Aenderung zustimmen.

*

Gleichzeitig mit der Aenderung der zusätzlichen Wehrsteuer wurde auch noch eine Korrektur an der seit 1940 erhobenen eidgenössischen *Wehrsteuer* vorgenommen, eine Korrektur, die schon längst fällig war. Es werden nämlich nun endlich die *steuerfreien Minima etwas erhöht*, indem jedermann von seinem nach den bisher geltenden Vorschriften steuerpflichtigen Einkommen einen Betrag von *1000 Franken abziehen* kann. Damit wird die Verschärfung der Progression, die durch die Anpassung der Einkommen an die Teuerung auf der ganzen Linie eingetreten ist, wenigstens etwas gemildert. Der steuerfreie Abzug sollte unseres Erachtens allerdings erheblich grösser sein, um die durch die Teuerung eingetretene Mehrbelastung einigermassen zu korrigieren. Es ist jedoch zu beachten, dass sowohl die Beschlüsse über die Wehrsteuer wie über die zusätzliche Wehrsteuer nur bis Ende 1949 gelten. W.

Idealismus in der Praxis

* Am 11. September konnte in *Bleienbach* die Gründung einer Ladengemeinschaft vorgenommen werden. Seit Jahren war es schon der Wunsch einer Anzahl Bleienbacher, auch einen Konsumladen zu besitzen. Leider trauten sich die Pioniere nicht, aus eigener Kraft eine Konsumgenossenschaft zu errichten. Im März dieses Jahres bot sich nun eine günstige Gelegenheit, indem ein zum Verkauf ausgeschriebenes Wohnhaus mit Stallwerk von einem Vorstandsmitglied der Konsumgenossenschaft Bützberg gekauft werden konnte. In kürzester Frist und ohne Aufsehen zu erregen musste dieser Kauf erfolgen, um zu verhindern, dass der Genossenschaft feindlich gesinnte Kreise etwas davon erfahren konnten, da diese den Kauf mit allen Mitteln zu verhindern versucht hätten. Im April beschloss die KG Bützberg, den Kauf zu genehmigen und das Stallwerk in einen Verkaufsladen umbauen zu lassen. Es zeigte sich nun bald, dass in Bleienbach eine Gruppe begeisterter Idealisten ihre Freizeit gerne für die Errichtung des Konsums opferten. Wenn es die Witterung erlaubte, rückten die Genossenschaftspioniere jeden Abend und Samstagnachmittag mit Schaufel und Spaten an, um einen grossen Teil der Erdarbeiten ohne Bezahlung auszuführen. Trotzdem sie oft, der ungünstigen Witterung wegen, bis über die Knöchel im Morast versanken, kamen sie immer wieder. In kürzester Dauer war es so möglich, den Bau zu erstellen. Immer wieder mussten die Leute antreten, sei es um eine Klärgrube oder einen Kanalisationsgraben auszuheben oder sei es um die Schlacken herbeizuführen, zu trocknen und aufzufüllen. Immer wieder haben sich arbeitswillige Männer gefunden, um zu helfen. Neben diesen Arbeiten musste eine gründliche Mitgliederwerbung durchgeführt werden, welche den Erfolg hatte, dass der Gründungsversammlung am 11. September 72 Beitrittserklärungen vorgelegt werden konnten. Herr Hans Althaus überbrachte die Grüsse des V. S. K. und des Kreises IIIa. Mit eindrucksvollen Worten verstand er es, die zahlreich Anwesenden für die Genossenschaftsbewegung zu begeistern. Der starke Applaus hat gezeigt, dass die Aufklärungen und Aufmunterungen auf fruchtbaren Boden gesät worden sind. Anschliessend konnte die Konstituierung der Ladengemeinschaft verwirklicht werden. Zwei Frauen, ein Landwirt, ein Handwerker und drei Arbeiter haben sich bereit erklärt, die Geschicke der Bleienbacher Konsümler in ihre Hände zu nehmen. Wir hoffen mit Zuversicht, dass in Bleienbach eine kräftige und einflussreiche Genossenschaft entsteht; denn wo ein solcher Idealismus und eine solche Bereitschaft zuhause sind, muss es vorwärts gehen; ein solcher Geist wird alle Zweifler für sich gewinnen und die Welt für seine Ideen erobern.

Es ist sehr merkwürdig; überall sonst, in allen sozialen, politischen oder wissenschaftlichen Bewegungen sind die Erfinder schnell von dem Fortschreiten der Idee überholt worden, deren Urheber sie waren. Wir lassen sie auf unserem Wege mehr und mehr hinter uns, und bald bleibt von ihnen nichts als die Erinnerung. Ganz anders bei den Rochdaler Pionieren! Obgleich sie seit mehr als einem halben Jahrhundert tot sind, marschieren sie noch immer vor uns.

Charles Gide

LEISTUNG IM BERUF —
PFLEGE GEIST UND KÖRPER



FÜR SCHLAFLOSE

Lassen Sie gegen Abend die Arbeit abklingen. Wollen Sie nicht alles «fertigmachen», sondern sich eine Weile beschaulicher und ruhiger Sammlung gönnen. Sorgen Sie für warme Füsse, ein frühes Nachtessen, das leicht sein muss. Ein stiller Spaziergang bei guter Ausatmung; Luftbad mit sanfter Einölung des Körpers, beruhigende Musik sind anzuraten. Meldet sich die Müdigkeit, geben Sie ihr sofort nach, ohne sich durch Lektüre oder anderes künstlich wachzuhalten. Keine irritierenden oder falschen Gedanken dürfen in Ihrem Schlafzimmer Einlass finden, und mit den Kleidern sollten die Lasten und Erlebnisse des Tages an den Nagel gehängt werden. Wenn Sie in die Kissen sinken, dann überlassen Sie wirklich dem Bett Ihr Körpergewicht, ohne irgendwie fest zu halten; geniessen Sie seine Behaglichkeit und Wärme mit dem Gedanken: Wie gut, nun darf ich ruhen, wirklich ausruhen.

Dieses Gefühl der Ruhe möge Körper und Gemüt völlig ausfüllen, ein Glied nach dem anderen von ihr durchwoben werden. Sie nur soll da sein bis hinein in die Nerven, Muskeln, Empfindungen und Gedanken.

Die Nacht hat wunderbare Regenerationskräfte für alle. Wir müssen uns nur nicht in Ungeduld, Angst und Misstrauen gegen sie sperren, sondern willig auf sie eingehen. Selbst schlaflose Nächte können zur wirklichen Entspannung und Erquickung von Geist und Körper führen, wenn wir sie nicht tragisch nehmen, sondern innerlich still daliegen, ruhig und bewusst atmen, uns dem wohligen Ausgestrecktsein, dem Geborgensein im Bette hingeben. Eine Kleinigkeit zum Essen: ein Zwieback, eine Feige, ein Apfel, etwas Süsses schafft Ablenkung.

Kein Lauern auf den Schlaf, kein Erzwingenwollen! Gelassen und passiv daliegen und etwas Schönes denken. Draussen wird es immer stiller. Die Sterne leuchten am Himmelsgewölbe. In sicherer Ruhe ziehen die Planeten ihre Bahnen. So sind auch Sie, Schlaflose, in eine grosse Gesetzmässigkeit eingeschlossen und werden von ihr getragen. Ihrem Walten können Sie sich kindlich vertrauend überlassen — auch diese Nacht.

«Neues Leben»

WENIGER GEGEN UNSERE GESUNDHEIT SÜNDIGEN

Nur ein gesunder Mensch kann ein leistungsfähiger Verkäufer sein. Für viele von uns folgt daraus, dass wir weniger gegen unsere Gesundheit sündigen und mehr für ihre Erhaltung tun sollten.

Wie kann das geschehen?

Ganz einfach durch eine vernünftige Lebensweise. Wer z.B. Raucher ist, sollte nur mässig rauchen (und nie während der Arbeit!); wer abends gerne zum Schoppen geht, nur mässig trinken.

Tägliche Zahnpflege! Nie ins Bett gehen, ohne vorher den Mund tüchtig zu spülen. Zweimal im Jahr unaufgefordert zur Kontrolle zum Zahnarzt gehen. Gesunde Zähne sind etwas vom Wichtigsten für die Erhaltung unserer Gesundheit.

Körperpflege; kalte Waschungen; viel baden, auch im Winter!

Sport treiben, mässig natürlich! Jeden Sonntag wandern. Bergtouren. Skifahren.

Zweckmässige Kleidung, besonders Fussbekleidung. Verkäuferinnen sollen im Geschäft keine Stöckelschuhe tragen, die vielleicht bald wieder einmal Mode werden, sondern Schuhe mit niedern und breiten Absätzen.

Für regelmässigen Stoffwechsel sorgen! Jeden Abend ohne Ausnahme vor dem Schlafengehen einen Apfel essen mit Haut und Kern!

Als junger Mann habe ich in Amerika einmal einen Spruch gelesen, der mir wegen seiner Einfachheit und Klarheit, seiner Kürze und seines gefälligen Reims so grossen Eindruck gemacht hat, dass ich ihn tatsächlich befolgte, und ich darf sagen, dass ich dabei gut gefahren bin. Er lautet:

An apple a day
Keeps the doctor away.

Frei ins Deutsche übertragen:

Täglich ein Apfel mit Haut und Kern
Hält dir den Arzt vom Hause fern.

Vor allem aber: Genügend Schlaf! Am Morgen gut ausgeruht ins Geschäft kommen. Nur dann sind wir in Form zu Höchstleistungen.

Wenn es mir gelänge, mein lieber Leser, Sie so zu überzeugen, dass Sie nach der Lektüre dieses Kapitels von heute ab eine Viertelstunde früher als bisher ins Bett gehen und dafür eine Viertelstunde früher aufstehen würden, um regelmässig bei offenem Fenster ein einfaches, systematisches Zimmerturnen zu pflegen, mit nachfolgender kalter Waschung des ganzen Körpers, dann hätte ich für Ihren Erfolg als Verkäufer, ja für Ihren Erfolg im Leben überhaupt mehr getan als alle gewiegten Standespolitiker zusammen, die sich im Parlament und in den Behörden einsetzen für Ihre bessere Entlöhnung, kürzere Arbeitszeit, längere Ferien, Altersversicherung usw.

Der Verkäufer, der sich auf den Standpunkt stellt, es gehe niemanden etwas an, was er ausserhalb des Geschäftes treibe und wie er seine freie Zeit verbringe, ist im Irrtum. Ein sehr erfolgreicher Inhaber eines grossen Detailgeschäftes, der jahrelang selber als Verkäufer hinter dem Ladentisch gestanden ist, pflegt jedem neueintretenden Mitarbeiter zu sagen: «Was Sie ausser dem Geschäft tun oder lassen, ist natürlich Ihre Privatsache», und fügt dann bei, indem er jedes Wort sozusagen unterstreicht,

> *«vorausgesetzt, dass Ihre geistige Frische und Spannkraft und damit Ihre Arbeitsleistung darunter nicht leiden.»*

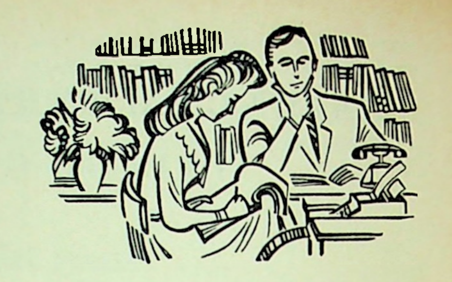
Niemand kann dem Schicksal entgehen, eines Tages krank zu werden und seinen Platz einem Nachfolger zu räumen. Jeder aber kann gegen seine Gesundheit sündigen oder für ihre Erhaltung etwas tun. Das körperliche Wohlbefinden fördert Arbeitsgeist und Arbeitsfreude und damit auch unsere Lebensfreude.

Ist es nicht merkwürdig, dass es uns Menschen oft so schwer fällt, diesem hohen Ziel auch nur eine unserer schlechten Gewohnheiten zu opfern?

Joseph Zimmermann
in «Verkaufen im Detailhandel», Polygraphischer Verlag



Für die PRAXIS



Unser praktisches Verhalten

Wahrhaftigkeit

Wahrheit und Wahrhaftigkeit sind zwei verschiedene Dinge.

Es ist unmöglich, überall und immer die Wahrheit zu erkennen; denn wir alle können uns irren. Aber wir können uns bemühen, möglichst nahe an die Wahrheit heranzukommen, und wir können auch bestrebt sein, die Lüge zu vermeiden. Soweit uns dies gelingt, sind wir — wahrhaftig. Unehrliche, lügenhafte Menschen säen Misstrauen. Und dies allein genügt, um die Wahrhaftigkeit zur wichtigsten Forderung innerhalb der Kunst richtiger Menschenbehandlung werden zu lassen.

Freundlichkeit

Die praktische Bedeutung freundlichen Wesens kennen Sie gewiss schon aus eigener Erfahrung. Wir wollen deshalb darüber nicht viele Worte verlieren. Immerhin darf man sich bewusst werden, dass Zuvorkommenheit und Höflichkeit vor allem auch im engsten Familien- und Mitarbeiterkreis zur Geltung kommen sollten, also gerade dort, wo man sie auch heute noch meist so sehr vermisst.

Wohlwollen

Freundlichkeit, die lediglich als Tarnung für unlautere Absichten zur Schau getragen wird, verfehlt ihren Zweck. Durch geduldige Arbeit an uns selbst müssen wir uns vielmehr zu einer Einstellung dem Mitmenschen gegenüber emporschaffen, die man am eindeutigsten mit dem Wort «Wohlwollen» bezeichnen könnte. Aber dieses Wohlwollen muss, wenn es wirklichen und dauernden Kontakt schaffen soll, echt sein. — Man hüte sich, Wohlwollen heucheln zu wollen. Derartige Versuche werden von den meisten Menschen bald durchschaut und entsprechend beantwortet.

Rücksicht

Echtes Wohlwollen bringt es automatisch mit sich, dass man andern gegenüber auch rücksichtsvoll wird.

Rücksichtslose Draufgänger schaffen sich Feinde. Sie stossen ständig auf Widerstand. Kein Wunder also, dass sie zur Erreichung ihrer Ziele allzuviel Nervenkraft aufwenden müssen.

Zuverlässigkeit

Die Zuverlässigkeit ist der Freipass des Tüchtigen. Wirklich zuverlässige Menschen sind so selten, dass man sich um sie reisst, sobald man sie kennt.

Wenn Sie ein gegebenes Wort nicht einlösen können, so soll dies nur dann geschehen, wenn wirklich triftige Gründe dafür vorliegen.

Gemeinschaftsfähigkeit

Den höchsten Grad ethischer Reife verlangt die Gemeinschaftsfähigkeit. Der Gemeinschaftsfähige nimmt jedes vernünftige Opfer auf sich, sobald es sich darum handelt, damit einer Vielzahl von Menschen einen nachweisbaren Nutzen zu verschaffen.

Oskar Hanselmann
in «Kenntnis und Menschenbehandlung»,
Verlag Gropengiesser

Der neue Geist

Ihre Kunden müssen sehen, dass Sie nicht mehr «der Alte» sind, dass bei Ihnen ein neuer Geist eingezogen ist. Damit sie das sehen, muss erstens einmal Ihre *Fassade* ein neues Gesicht zeigen. Holen Sie wieder einmal Ihre Firmatafel herunter und sehen Sie, ob ihr mit einem einfachen Wasserbad noch geholfen werden kann oder ob der Maler sie restaurieren muss. Dann muss das Schaufenster wieder einmal gründlich ausgeräumt und gereinigt werden. Wasser nicht sparen. Die neue *Schaufenster*-Ausstellung will gründlich überlegt sein, denn es muss einmal etwas ganz anderes sein als wie bisher. Dann der *Laden*. Ist er nicht seit Jahr und Tag derselbe? Haben Sie nicht in Ihrem Laden Zeug stehen und liegen, das eher auf den Estrich oder gar in den Abfalleimer gehörte? Sollte nicht wieder einmal die Decke geweisselt, die Glühbirne durch eine neue ersetzt werden? Sollten nicht auch die Wände und die Gestelle und der Korpus frisch gestrichen werden? Stehen die Gestelle und der Korpus wirklich am rechten Platz? Könnten sie nicht verschoben werden, um mehr Platz und Uebersichtlichkeit zu gewinnen, oder auch nur, damit die Kunden sehen, dass etwas geändert hat? Wie sieht der Boden aus? Und wenn die Kunden zur Werkstatt Zutritt haben, ist auch diese den Verhältnissen entsprechend sauber? *Ist auch die Ware im Laden sauber und übersichtlich ausgestellt?* Sind die Innenplakate am richtigen Platz? Sind sie überhaupt noch brauchbar? Wollen Sie nicht auch selber einige Plakätchen schreiben oder malen lassen, die Sie auf dem Korpus oder an den Gestellen placieren können?

Also bitte schön, sehen Sie sich Ihre Fassade und Ihren Laden so an, als ob Sie selber einer Ihrer neuen Kunden wären. Dann aber her mit dem Putzkessel; sauber soll es sein, appetitlich. Alle diese Vorarbeiten kosten etwas Mühe, aber sehr wenig Geld. Aber sie lohnen sich reichlich, denn schon sehen die Kunden, dass etwas vor sich geht, sie sehen schon etwas vom «neuen Geist».

Dass ein vorsintflutartig anmutender Krämerladen heute nicht mehr zieht, ist auch selbstverständlich; wir kaufen unser Brot, auch wenn es aus dem gleichen Ofen stammen sollte, lieber im sauber, modern und gediegen eingerichteten Laden, als im alten, muffigen Lädeli, und zwar selbst dann, wenn der Lädeli-Besitzer unser guter Jasskollege oder Turnerfreund ist. Und in weiteren 10, 20 Jahren wird noch vieles anders sein als heute. Es nützt gar nichts, sich gegen die fortschreitende Entwicklung zur Wehr zu setzen! Die Welt dreht sich unaufhaltsam weiter, und wer sich dagegen stemmt, verschwendet nur seine Kräfte und schadet sich zudem gewaltig, weil er bald als rückständig betrachtet wird. Da gibt es nur eins: die Entwicklung der Dinge genau beobachten, sich umstellen und anpassen, mit der Zeit gehen. Wer abspringen oder den fahrenden Zug anhalten will, kommt unfehlbar unter die Räder! S.-M.

Fortschrittliche Ladenbesitzer

* Im Lande der grossen Unternehmungen, riesigen Warenhäuser und Massenbetriebe, in den Vereinigten Staaten, finden auch die Kleinhändler noch Platz; sie können mit ihren kleinen Läden günstige Geschäfte machen.

So weist das Fachblatt der amerikanischen Spezereihändler («The Progressive Grocer») daraufhin, dass die individuelle und persönliche Verkaufstechnik, die Initiative der Kleinhändler sich auch gegen die Geschäftsmethoden der Kettenläden mit bedeutendem Erfolg erhalten können.

Ganz in der Nähe der Gross-Stadt Los-Angeles ist ein kleiner Landladen im Betrieb, der äusserlich die historische Form der örtlichen Geschäfte bewahrte.

Aber im Innern wundert sich der Käufer: er ist in einen der modernsten Stadtläden eingetreten. An den Wänden stehen die Tiefkühlschränke mit vorgepackten Fleischwaren und alles in Ia Qualität. Obst und Gemüse (frisch oder Dörrwaren) sind auch die besten. Der Eigentümer weiss es wohl, dass man in einem richtigen Landladen alles mögliche erhalten will. So kann man ausser Lebensmitteln auch Haushaltungs- und Reiseartikel, Sport- und Drogeriewaren usw. bekommen. Der Besitzer des kleinen Landladens hat kein Verlangen nach einem Stadtgeschäft in Los-Angeles.

Ein kleiner Spezereihändler im Staat New York führte seinen bescheidenen Laden in einer Nebenstrasse. Der Laden umfasste nicht mehr als 82 Quadratmeter (5,4 m breit und 15 m lang). Der jährliche Umsatz betrug 50 000 Dollar. Der Geschäftsführer — der die Handelsfakultät der Universität von Pennsylvania absolvierte — wollte *mit neuen Verkaufsmethoden den Umsatz erhöhen.* So hat er 1947 die *Selbstbedienung* — statt Kredit- und Hausverkauf — eingeführt. Im ersten Jahre erreichte er die Erhöhung des Wochenumsatzes von 1000 Dollar auf 2300 Dollar.

Dann hat der fleissige Kaufmann die Methoden der Selbstbedienung bei Fleischwaren in Montreal und in Philadelphia studiert und hat das System, das bis jetzt nur in grossen Betrieben erfolgreich war, bald in dem kleinen Laden eingeführt. Der Umsatz hat sich wieder verdoppelt; er stieg auf fast 6000 Dollar; hievon entfielen 2000 Dollar auf Fleischwaren, die bis jetzt in einem Wert von 920 Dollar verkauft wurden. Wenn man diesen Umsatz mit dem Ladenraum vergleicht, stellt man fest, dass auf jeden Quadratmeter mehr als 60 Dollar Wochenumsatz kommen; der gewöhnliche amerikanische Laden erreichte durchschnittlich 20 Dollar. Auch die Regiekosten sind um 2,5 % gefallen.

Kleinigkeiten sind ebenfalls wichtig

* Nicht nur die Qualität der Ware, die niedrigen Preise oder die Bedienung sind entscheidend für die Kundschaft eines Ladens, sondern auch viele, manchmal fast unscheinbare Kleinigkeiten beeinflussen die Haltung der Käufer.

Der Leiter eines Konsumladens, der seit mehreren Jahrzehnten die Entwicklung des amerikanischen Lebensmittelhandels beobachtet, meint, dass diese Kleinigkeiten entscheidend für die Rentabilität des Geschäftes sind. Die Hauptsache ist — auch in den Selbstbedienungsläden! — dass der Verwalter eigentlich immer Zeit haben soll, mit den Kunden persönlich und in individueller Weise zu verkehren.

Diese persönliche Bedienung — meint er — darf aber nie zu intim und familiär werden. Bei dem Gespräch mit dem Käufer soll man nicht rauchen, mit Bleistift oder Fingern gestikulieren, sondern in einem höflichen Ton die Kundschaft behandeln. Sie ist immer dankbar, wenn der Verkäufer die Vorteile der Neuheiten zeigt, ohne den Kunden zum Kauf zu zwingen. Es wird auch guten Eindruck machen, wenn die neuen technischen Methoden und Apparate, z. B. Kaffeerösterei, verschiedene Schrotmühlen usw., vorgeführt werden.

Keine Gewaltverkäufe. Umsatzsteigerung von 300 %

Grundsätzlich soll man keine «Gewaltverkäufe» machen, d. h. versuchen, den Kunden Waren auf jeden Fall anzuhängen. Solche Methoden schrecken nur ab. Die Mitglieder sagen dann: «Die Verkäufer wollen uns nur das Geld herausziehen». Es ist zwecklos, Kunden Dutzende von Artikeln aufzuzählen. Sie können nicht so schnell folgen und kaufen dann doch nichts. Heute überlegt jede Hausfrau schon wieder genau, bevor sie Geld ausgibt. Vielleicht kauft die eine oder andere Hausfrau etwas, nur um Ruhe zu haben. Ist das aber genossenschaftliches Verkaufen? Nein, nicht so! Man muss die Waren anbieten, ohne aufdringlich zu sein. Ich möchte nun eine Methode bekanntgeben, mit der ich in meiner Abgabestelle sehr schöne Erfolge erzielt habe. Ich möchte bemerken, dass ich eine Umsatzsteigerung von 300 Prozent gegenüber dem Vorjahr erreicht habe.

Ich stelle die Waren, die im Blickfeld der Kunden liegen, meistens zweimal in der Woche um. Das fällt allen Mitgliedern und Kunden auf und sie fragen dann: «Was habt ihr denn schon wieder Neues bekommen?» Wenn das Gespräch geschickt fortgesetzt wird, führt es meistens zu einem Verkauf.

Natürlich muss man die Waren in der Mittagszeit oder nach Geschäftsschluss umstellen. Es ist etwas Mehrarbeit, aber die Freude über den Erfolg macht sie wieder wett.

«Die Konsumgenossenschaft», Wien

Sicher ist sicher

* Da die Menschen einander nicht immer ganz trauen und gerne im andern den Schelm sehen, so haben sie ein Dokument erfunden, das bestätigt, dass man das oder das, in den meisten Fällen Geld, ordnungsgemäss abgeliefert hat. Der Empfänger muss dann jeweilen eine Quittung ausstellen, den Vorgang kennt ja jeder. Nicht immer leicht ist die Frage zu beantworten, von wem man sich eine Quittung geben lassen soll und von wem keine notwendig ist. Den Unsicheren sei deshalb folgende Geschichte zur Nachahmung empfohlen. Der französische Senator Renaud kam einmal aus seiner Heimat, den Pyrenäen, nach Paris und mietete sich in einem Hotel zwei Zimmer. Die Miete im Betrage von 300 Franken bezahlte er im voraus. Der Hotelier fragte nun den Senator, ob er eine Quittung haben wolle. «*Nein*», antwortete Renaud, «*ich glaube, es ist nicht nötig. Gott hat es gesehen.*»

«*Glauben Sie an Gott?*» fragte der Hotelier.

«*Selbstverständlich*», erwiderte Renaud, der als frommer Mann bekannt war, und fragte vorsichtigerweise: «*Und Sie, glauben Sie auch an Gott?*»

«*Wo denken Sie hin, Herr Senator, das ist doch nicht mehr zeitgemäss.*»

«*Dann ist es vielleicht doch besser, wenn Sie mir eine Quittung geben*», meinte Renaud.



«Ich bitte Sie denn doch, Herr Direktor mir nicht ständig Wörter zu diktieren, deren Orthographie mir so grosse Mühe bereiten.»
« Cooperative News »

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER KONSUMGENOSSENSCHAFTEN MIT SPEZIALLÄDEN

Einladung zur Herbstkonferenz

am Dienstag, dem 26. Oktober, vormittags 9.30 Uhr, in Zürich, St. Annahof, 5. Stock.

TRAKTANDEN:

1. Protokoll.
2. Mitteilungen.
3. Ergänzende Mitteilungen zu den Situationsberichten der Herren Abteilungsvorsteher des V. S. K. und der Schuh-Coop. (Die Berichte werden Ihnen rechtzeitig zugestellt.) Sehr interessante und wichtige Mitteilungen zur heutigen wirtschaftlichen Lage, alle Abteilungen betreffend.
4. Stellungnahme zu Preisvorschriften verschiedener Lieferanten in den Spezialabteilungen. Referent: Herr Direktor E. Horlacher, LVZ.
5. Allfälliges.

Vollzähliges Erscheinen erwartet

Namens der Arbeitsgemeinschaft der Konsumgenossenschaften mit Spezialläden.

Der Präsident: *F. Bachmann*, Solothurn
Der Aktuar: *M. Sax*, Vevey

Anschliessend gemeinsames Mittagessen im St. Annahof.

NB. Nachmittags 14.30 Uhr findet im gleichen Saale die Herbstkonferenz der Interessengemeinschaft der Konsumvereine des V.S.K. mit Landesprodukten statt.

INTERESSENGEMEINSCHAFT DER KONSUMVEREINE DES V.S.K. MIT LANDESPRODUKTENVERMITTLUNG

Einladung zur Herbstkonferenz

Dienstag, den 26. Oktober, in Zürich, St. Annahof, 5. Stock. Konferenzbeginn 14.30 Uhr.

TRAKTANDEN:

1. Begrüssung.
2. Protokoll.
3. Mitteilungen.
4. a) Orientierung über die Obst- und Kartoffelversorgung. (Referent: Herr F. Rinderer, Prokurist V. S. K.)
   b) Orientierungsblatt über Saisonfrüchte.
5. Wahlvorschlag für den grossen Vorstand des Schweizerischen Obstverbandes.
6. Allfälliges.

Für den Vorstand der Interessengemeinschaft der Konsumvereine des V. S. K. mit Landesproduktenvermittlung,

Der Vizepräsident: *Fritz Bachmann*
Der Aktuar: *Theo Müller*

NB. Vormittags 9.30 Uhr findet ebenfalls im St. Annahof, 5. Stock, die Herbstkonferenz der Arbeitsgemeinschaft der Konsumgenossenschaften mit Spezialläden statt.

Versammlungskalender

9. Oktober

Kreis IX b, Herbstkreiskonferenz in Poschiavo: Beginn 20 Uhr, Hotel «Suisse».

10. Oktober

Bernische Genossenschaftsjugend, 3. Wochenendkurs, Sitzungszimmer des Consumvereins Olten, Aarauerstrasse 10, II. Stock.

Kreis III a, Herbstkreiskonferenz in Ins: Beginn 10.15 Uhr, Hotel «Bären».

Kreis IV, Herbstkreiskonferenz in Grenchen: 9.30 Uhr Besichtigung des Lagerhauses, 14 Uhr Kreiskonferenz, Hotel Bellevue.

Kreis VII, Herbstkreiskonferenz in Schaffhausen: Beginn 9.30 Uhr, Rathauslaube.

Arbeitsmarkt

Angebot

Langjähriger, gutausgewiesener Genossenschaftsangestellter in leitender Stelle, Ende der 30er Jahre, versiert im Ein- und Verkauf, Magazin- und Speditionsdienst, wünscht sich zu verändern. Wenn möglich als **Filialleiter** in grösseres Lebensmitteldepot oder als **Ladenkontrolleur**, evtl. Magazinchef. Zeugniskopien und Referenzen zur Verfügung. Offerten sind erbeten unter Chiffre A. C. 168 an die Redaktionskanzlei V. S. K., Basel 2.

Tüchtige, langjährige Filialleiterin der Lebensmittel-, Mercerie- und Geschirrwarenbranche, selbständig, gesetzten Alters, sucht **interessanten Posten** in entwicklungsfähiger Genossenschaft auf 1. Januar 1949 oder später. Kleine, komfortable Wohnung müsste vorhanden sein. Offerten erbeten unter Chiffre M. J. 166 an die Redaktionskanzlei V. S. K., Basel 2.

Junger Berufsmann der Lebensmittelbranche sucht Stelle als **Verkäufer** oder **Depothalter** in Konsumfiliale. Auch Stelle als Arbeiter in Lager oder Magazin würde angenommen. Bin seit vielen Jahren im Detailhandel tätig und besitze Fachkenntnisse. Offerten unter Chiffre F. St. 169 an die Redaktionskanzlei V. S. K., Basel 2.

Kaufmann, 37 Jahre alt, verheiratet, sucht ca. auf Jahresende Stelle als Stellvertreter des Verwalters, Magazinchef, Ladenkontrolleur oder ähnliches. Bewerber ist Teilnehmer am Kurs für Verwaltungsdienst des Gen. Seminars. Zuschriften unter Chiffre E. E. 170 an die Redaktionskanzlei V. S. K., Basel 2.

Bäcker und Konditor sucht Stelle. Bevorzugt wird Kt. Luzern oder Bern. Zeugnisse stehen zur Verfügung. Offerten sende man an Ernst Schwendimann, Pohlern b. Thun.

Verheirateter **Bäcker-Konditor**, selbständig, der schon in Konsumbäckereien gearbeitet hat, sucht Stelle. Offerten mit Lohnangaben sind erbeten an R. Vetsch-Büchler, Russen, Mogelsberg.

Kaufmännische **Angestellte** mit Erfahrung im Genossenschaftswesen sucht Stelle als Stütze des Verwalters. Offerten erbeten unter Chiffre O. T. 171 an die Redaktionskanzlei V. S. K., Basel 2.

Nachfrage

Konsumverein der Ostschweiz, mit einem Umsatz von 2,7 Millionen Franken, sucht gesetzten, tüchtigen Angestellten als **Ladenkontrolleur, Personalchef**, für spezielle Büroarbeiten. Erfordernisse: Genossenschaftliche und gute kaufmännische Bildung. Kenntnisse der Kolonialwaren-, Früchte- und Gemüsebranche. Korrektes Auftreten gegenüber dem Personal. Offerten mit Photo, Zeugnisabschriften, Lohnanspruch und Referenzen sind zu richten unter Chiffre D. F. 318 an die Redaktionskanzlei V. S. K., Basel 2.

Wir suchen zu sofortigem Eintritt oder nach Uebereinkunft eine tüchtige, eifrige **Verkäuferin** mit guten Kenntnissen der Lebensmittelbranche. Gute Entlöhnung. Offerten sind zu richten an Société coopérative de consommation, Le Sentier (Vallée de Joux).

INHALT: *Seite*

Prag — eine Mahnung und ein Auftakt 573
Die Aenderung der zusätzlichen Wehrsteuer 579
Idealismus in der Praxis 580
Leistung im Beruf — Pflege Geist und Körper 581
Unser praktisches Verhalten 582
Der neue Geist 582
Fortschrittliche Ladenbesitzer 583
Kleinigkeiten sind ebenfalls wichtig 583
Keine Gewaltverkäufe. Umsatzsteigerung von 300 % . . . 583
Sicher ist sicher 583
Arbeitsgemeinschaft der Konsumgenossenschaften mit Spezialläden: Einladung zur Herbstkonferenz 584
Interessengemeinschaft der Konsumvereine des V. S. K. mit Landesproduktenvermittlung: Einladung zur Herbstkonferenz 584
Versammlungskalender 584
Arbeitsmarkt 584